

# mittendrin

ver.di



**Der Mensch zählt, nicht der Profit** *Seiten 3 bis 5*

**Starke Bewegung**

Beschäftigte bei Bund und Kommunen machen Druck für mehr Lohn.

*Seiten 8 und 9*

**Studierende in Not**

Rasche Hilfe und grundlegende Reformen sind nötig.

*Seiten 10 und 11*

**Der Weg zum Tarifvertrag**

Transparent, demokratisch, durchsetzungsstark – das mittendrin-Tarifspiel.

*Seiten 12 und 13*

**Gesundheit,  
Soziale Dienste, Bildung  
und Wissenschaft**

## ZWISCHENRUF

# Unser Kompass: Gemeinwohl und Solidarität

von Sylvia Bühler

Es sind bewegte, ja stürmische Zeiten. Schon über ein Jahr lässt Putin die Ukraine bombardieren. So viel Leid, so viele Tote. Wir spüren die Auswirkungen dieses erbarungslosen Angriffskrieges vor allem durch die anhaltend hohe Inflation. Zunehmend werden die steigenden Preise für viele Menschen zum Problem. Wir sind als Gewerkschaft stark gefordert und unsere Mitglieder zeigen ihre Entschlossenheit, sich zur Wehr zu setzen. Gerade auch in der Tarifauseinandersetzung des öffentlichen Dienstes. Zehntausende beteiligen sich an den Warnstreiks. Was für eine große Kraft, die in unserer Solidargemeinschaft ver.di steckt. Wie der Tarifkonflikt weitergeht, ist zu Redaktionsschluss noch ungewiss. Sicher ist, dass wir alles daransetzen, den bestmöglichen Kompromiss zu finden. Letztlich hängt es am Kräfteverhältnis und am Einsatz der Kolleg\*innen in den Betrieben.

Auch politisch gibt es weiterhin viel zu tun. Es gilt, Jahrzehnte neoliberaler Politik der Kommerzialisierung, Deregulierung und Privatisierung zu überwinden. Das Gemeinwohl muss wieder im Zentrum stehen, ganz besonders in den Bereichen der Daseinsvorsorge. Ob in Krankenhäusern oder Universitäten, in Pflegeeinrichtungen, der Behindertenhilfe, der Bildung oder dem Rettungsdienst – der Markt regelt es nicht. Es muss um die Menschen gehen, nicht um die Maximierung von Gewinnen. Dafür braucht es klare Regeln. Diese durchzusetzen, trifft auf erhebliche



Sylvia Bühler ist Mitglied im ver.di-Bundesvorstand und Leiterin des Fachbereichs Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft.

Widerstände. Viel Kraft und Ausdauer ist nötig, für diese Politik Mehrheiten zu gewinnen. So erleben wir es in den Krankenhäusern, wo wir seit Jahren für bedarfsgerechte Personalvorgaben und gegen das Finanzierungssystem der Fallpauschalen streiten. Bei einem Teil der Verantwortlichen in Politik und Verbänden haben wir ein Umdenken bewirkt, auch beim Bundesgesundheitsminister. Das ist gut. Jetzt begleiten wir die nötigen Reformen und sorgen dafür, dass sie rasch und konsequent umgesetzt werden.

Wir haben einen klaren Kompass: Gemeinwohl und Solidarität ist unser Ziel. Eine solidarische Gesellschaft, in der die Starken für die Schwächeren einstehen. Zum Wohle aller. Zugleich ist Solidarität der Weg, eine solche Gesellschaft zu errichten. Von diesem Kurs lassen wir uns auch in stürmischen Zeiten nicht abbringen.

## AN DIE REDAKTION

zu mittendrin Nr.2, Seiten 8/9  
 ➔ [t1p.de/mittendrin2](https://t1p.de/mittendrin2)

Hallo liebes Team, euer Schwarzes Brett regt mich stark zum Nachdenken an. Warum? Nun, es gibt da leider noch die andere Fraktion unserer Kollegen\*innen. Die, von denen wir alle genau wissen, dass ihre Krankschreibung garantiert pünktlich zum Wochenende kommt, wenn sie als Dienstleister geplant sind, oder die auch sonst in dieser Frage sehr auf Regelmäßigkeit bedacht sind. Leider leider fällt das niemandem nicht auf.

Weil es aber immer wieder so Dumme und Dumminnen wie uns gibt, die auch sehr schön in der Statistik zu sehen sind, ist manches nicht gesprochene und geschriebene Wort obsolet. Schreibt doch mal über diese Leute, ihr verantwortungsbewusstes Handeln und ihre Kollegialität. Das wünschen sich bestimmt viele.

Herzlichst, O.W.

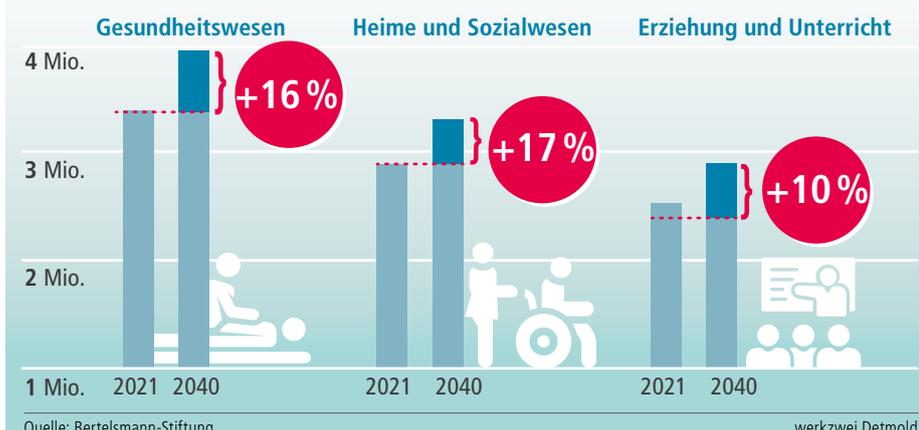
Liebes »mittendrin-Team«, an den neuen Namen der Zeitung muss ich mich erst noch gewöhnen, ebenso, wie an so manche Aussage von euch. Aus meiner Sicht gibt es keine »guten Gründe«, krank zur Arbeit zu kommen. Ich arbeite im Krankenhaus und erlebe es immer wieder, dass man aus falsch verstandener Kollegialität Krankheiten verschleppt, Kolleginnen ansteckt oder gar Patienten gefährdet. Eine Rücksichtnahme auf »Kranke« ist im stressigen Alltag auch kaum möglich, darum aus meiner Sicht: zu Hause bleiben und sich auskurieren. Damit ist allen am besten geholfen.

A.W., Uniklinik Mannheim

## INFOGRAFIK

## Boombranchen Gesundheit, Bildung, Soziales

Stellenbedarf bis 2040 (Prognose)



Aufgrund von Demografie, Digitalisierung und Energiewende stehen auf dem Arbeitsmarkt große Umbrüche bevor. In einigen Branchen werden in Zukunft weniger, in anderen deutlich mehr Beschäftigte gebraucht. Große Zuwächse sagt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales voraus. Klar ist: Diese hunderttausenden Arbeitskräfte können nur mit guten Bedingungen gewonnen und gehalten werden. Die Aufwertung der Berufe und die Entlastung der Beschäftigten im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen sind daher eine entscheidende Aufgabe zur Zukunftssicherung der Gesellschaft.

»Medizin ist eine Fürsorge auf Grundlage der Wissenschaft. Keine Ware des Kapitalismus. Wir haben in allen Bereichen zu viel Ökonomie und zu wenig Medizin (...). Das muss aufhören. Wir sind zu weit gegangen.«

»Wir müssen die Discounter-Medizin beenden.«

»Wir haben die Balance zwischen Medizin und Ökonomie verloren.«

»Wir stehen am Vorabend einer notwendigen Revolution im Krankenhaus-Sektor«

»Eine Revolution, die wir unbedingt benötigen.«



BMG/Thomas Ecke

Karl Lauterbach, Bundesgesundheitsminister

» Wir bilden ja nicht zu wenige Pflegekräfte aus (...). Unser Problem ist, dass zu viele Pflegekräfte später frustriert aufgeben.«

»Hohe Gewinne im Krankenhaus sind aus meiner Sicht verdächtig. Sie können mit guter Qualität eigentlich nicht erwirtschaftet werden.«

# Gesundheitsrevolution – aber richtig. Wir sind dabei!

ver.di



## Gemeinwohl statt Kommerz

Langsam kommt es auch bei den verantwortlichen Politiker\*innen an: Die Kommerzialisierung des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens schadet allen. Wenn,

wie in den Krankenhäusern, möglichst viele lukrative »Fälle« durchgeschleust werden müssen, dann bleibt der Mensch auf der Strecke. Und zwar sowohl die Patientinnen und Patienten als auch die Beschäftigten. Wenn Finanzinvestoren Pflegeeinrichtungen, Reha-Kliniken und Arztpraxen übernehmen, um sie möglichst teuer weiterzukaufen, dann wird Gesundheit zur Ware. Mit fatalen Folgen. Und wenn die Wissenschaft vor allem an kommerzieller Verwertung ausgerichtet wird, fehlt es an Grundlagenforschung, die größere Innovationen überhaupt erst ermöglicht.

Wir plädieren dafür, den Kompass neu auszurichten – Richtung Gemeinwohl, nicht Kommerz. Profitinteressen haben in der Daseinsvorsorge nichts zu suchen. Deshalb ist für uns ganz klar: Wenn Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) die Revolution ausruft und der Öko-

nomisierung den Kampf ansagt, dann sind wir mit dabei, in vorderster Linie. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung nicht wieder auf halbem Wege stehenbleibt. Das Finanzierungssystem der Fallpauschalen in Krankenhäusern gehört nicht nur weiter eingeschränkt, sondern komplett abgeschafft. In der Altenpflege sollten nur noch gemeinnützige Träger zum Zuge kommen, die keinen Profit abschöpfen. Die Privatisierung muss in allen Bereichen zurückgedrängt werden. So wird es was mit der Revolution.



ver.di



ver.di

## ALTENPFLEGE

# »Höchste Zeit, das Profitstreben zu beenden«

## Kommerzielle Pflegeheimbetreiber setzen auf Maximierung der Gewinne statt gute Versorgung

»In den kommerziellen Pflegeeinrichtungen ist alles auf Effizienz und Kostensenkung getrimmt«, sagt Susanne Mayer\*. Die examinierte Altenpflegerin weiß, wovon sie spricht – und welche Folgen das im Arbeitsalltag hat. Sie arbeitet in einem kommerziellen Pflegeheim in Nürnberg, steht in engem Austausch mit Kolleg\*innen anderer Einrichtungen. »Die Bedingungen sind überall in der Altenpflege schwierig und sehr belastend. Doch bei den Kommerziellen kommt zu allem noch der Renditedruck – ihnen geht es einzig ums Geld.«

### Beim Arbeitsmaterial und am Essen wird gespart

Das zeigt sich zum Beispiel bei Arbeitsmitteln und Hygienematerial. »Alles ist abgezählt und ganz knapp berechnet«, berichtet Susanne Mayer. »Immer wieder fehlt es an Handtüchern, Inkontinenzeinlagen, Waschlapen oder anderem Material, das man für die Pflege einfach braucht.« Dann müssen die Pflegekräfte in ihrer knapp bemessenen Zeit auch noch durchs Haus laufen, um irgendwo fehlendes Material aufzutreiben. Finden sie nichts, trocknen sie mit dem nassen Handtuch von der anderen Seite ab. Oder sie nutzen statt zwei nur einen Waschlapen – für den ganzen Körper, inklusive Intimbereich.

Auch am Essen wird gespart. So erzählen Kolleg\*innen, deren Einrichtung verkauft wurde: Am Anfang gibt es Bäckerbrot,

dann wird stattdessen beim Discounter eingekauft, und schließlich gibt es nur noch »das Billigste vom Billigen«. Möchte jemand einen zweiten Joghurt oder eine extra Scheibe Käse? Geht leider nicht. »Alles ist rationiert. Und wenn die Bewohner\*innen zu Recht sauer sind, dass sie trotz hoher Eigenbeiträge schlechtes Essen bekommen, kriegen wir es ab«, erklärt die Pflegerin.

### Jeder belegte Platz bringt bares Geld

Zu den vermeintlich kleinen kommen die großen Probleme: Es wird viel zu wenig Personal eingesetzt – auch weil es an verbindlichen Vorgaben fehlt. »Da brechen Leute weinend zusammen, weil trotz krasser Unterbesetzung noch neue Bewohner\*innen aufgenommen werden«, sagt Susanne Mayer. »Und warum? Weil jeder belegte Platz, jede vorübergehend nicht besetzte Stelle bares Geld bringt.« Manche Konzerne kalkulieren mit Belegungsquoten von 95 Prozent, für die sie aber das entsprechende Personal nicht vorhalten. Fallen Beschäftigte aus oder werden krank, gibt es keinen Ersatz. Die Folge sind Abstriche an der Qualität.

»Es ist höchste Zeit, das Profitstreben in der Altenpflege zu beenden«, betont Matthias Gruß, der bei ver.di für die Altenpflege zuständig ist. Er verweist auf das Beispiel Burgenland: In dem österreichischen Bundesland dürfen Pflegeeinrichtungen ab 2024

## KRANKENHAUSFINANZIERUNG

## Fehlanreize bleiben

Die Vorschläge der Regierungskommission zur Krankenhausreform können nicht als Revolution bezeichnet werden, betont die Leiterin des ver.di-Bereichs Gesundheitspolitik, Grit Genster, im Interview. »Große Teile der Krankenhausversorgung sollen weiter durch DRGs, also Fallpauschalen, finanziert werden. Das heißt auch, dass die Fehlanreize grundsätzlich bestehen bleiben.« ver.di lehne den Vorschlag ab und fordere eine vollständige Abkehr vom DRG-System hin zu einer kostendeckenden Finanzierung.

➔ [t1p.de/drg-interview](https://t1p.de/drg-interview)



ver.di

## FORSCHUNG

## Künstliche Konkurrenz

Weniger Grundfinanzierung, mehr Wettbewerb – so lässt sich die seit drei Jahrzehnten dominierende Tendenz in Forschung und Wissenschaft auf den Punkt bringen. »Insbesondere im Bereich der Hochschulfinanzierung sehen wir einen künstlich erzeugten Wettbewerb um Forschungsgelder«, erklärt die politische Geschäftsführerin des Bunds demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Christiane Fuchs, im Interview. Das hat fatale Folgen – für die Beschäftigten, aber auch für die Wissenschaft selbst: mehr prekäre Arbeitsverhältnisse und kurzfristig angelegte, am unmittelbaren Output orientierte Forschung. Zeit umzukehren!

**Mathis Heinrich**

Christiane Fuchs ist Historikerin und politische Geschäftsführerin des Bunds demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

➔ [t1p.de/interview-cf](https://t1p.de/interview-cf)  
➔ [bdwi.de](https://bdwi.de)



privat



nur noch von gemeinnützigen Gesellschaften betrieben werden, die Überschüsse unmittelbar in die Verbesserung der Pflege reinvestieren. »Auch hierzulande sollten Konzerne und Hedgefonds nicht länger Sozialbeiträge und Steuergeld aus dem System ziehen können. Dafür muss der Gesetzgeber sorgen.« Zudem seien bedarfsgerechte Personalvorgaben und flächendeckende Tarifver-

träge nötig, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und eine gute Versorgung sicherzustellen. Werden die Personalvorgaben in Pflegeheimen nicht erfüllt, müsse es Konsequenzen, zum Beispiel Aufnahmestopps, geben. »Für Beschäftigte würde das die Altenpflege attraktiver machen – und unattraktiver für Investoren, die nur auf der Jagd nach dem schnellen Geld sind.«

\*Name von der Redaktion geändert

**Daniel Behruzi**

## MEDIZINISCHE VERSORGUNGSZENTREN

# Arztpraxen im Ausverkauf

Finanzinvestoren haben einen weiteren Teil des deutschen Gesundheitssystems für spekulative Investments entdeckt: Zunehmend kaufen sie Arztpraxen und gliedern sie in Medizinische Versorgungszentren (MVZ) ein. Zum zentralen Unternehmenszweck wird es dann, Gewinne zu generieren – zum Beispiel, indem Patient\*innen möglichst viele lukrative Behandlungen und Eingriffe aufgeschwatzt werden. Karl Lauterbach (SPD) will reagieren: »MVZ in der Hand von Investoren, das werden wir unterbin-

den«, kündigte der Bundesgesundheitsminister kürzlich in der *Süddeutschen Zeitung* an. Grit Genster findet das richtig. »Es ist höchste Zeit, dem Treiben von Finanzinvestoren einen Riegel vorzuschieben«, erklärt die Leiterin des ver.di-Bereichs Gesundheitspolitik. »Grundsätzlich sind Medizinische Versorgungszentren absolut sinnvoll, doch sie dürfen nicht kommerziellen Interessen unterworfen sein. Eine hochwertige Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsbedingungen müssen im Zentrum stehen.«





ver.di

## 6.000 für Arbeitszeitverkürzung

Mehrheit der Beschäftigten an den Unikliniken Rostock, Greifswald und Jena fordert 38,5-Stunden-Woche.

Startschuss im Schnee: Bei einer vorgezogenen Silvesterparty am 16. Dezember gab es an den Unikliniken in Rostock, Greifswald und Jena nicht nur Sekt und Glückskekse. Es war auch der Beginn einer Unterschriftenkampagne für Arbeitszeitverkürzung. Warum die Silvesterfeierlichkeiten vorgezogen wurden? Weil an diesem Datum Schluss gewesen wäre mit Arbeiten – wenn, ja wenn auch an den drei ostdeutschen Universitätskliniken wie im Westen die 38,5-Stunden-Woche gelten würde. Stattdessen wird hier auch 32 Jahre nach der Deutschen

Einheit noch 40 Stunden pro Woche gearbeitet. Die ver.di-Aktiven an den drei Kliniken wollen das ändern. Mit der Unterschriftenaktion haben sie den ersten Stärketest bestanden: Insgesamt über 6.000 Beschäftigte stellten sich hinter die Forderung – die Mehrheit der Betroffenen. »Ein sehr starkes Zeichen«, findet Isabelle Opalka von der Rostocker Uniklinik. Bislang wolle die Landespolitik nicht mit den Beschäftigten über das Thema reden. »Wir sorgen dafür, dass sich das ändert.«

### HELIOS-TARIFRUNDE



ver.di

### Mickriger Helios-Doppelwumms

»Kaffee: plus 15 Prozent. Gemüse: plus 20,1 Prozent. Strom: plus 27,1 Prozent.« Das steht auf den Plakaten, die Helios-Beschäftigte dieser Tage vor ihren Einrichtungen hochhalten (hier am 24. Februar in Krefeld). Sie machen damit deutlich, warum 10,5 Prozent, mindestens monatlich 500 Euro mehr Geld gerechtfertigt und nötig sind. Dies fordert ver.di für die rund 21.000 Beschäftigten im Helios-Konzerntarifvertrag. Die von dem kommerziellen Klinikbetreiber Ende Februar angebotenen tabellenwirksamen Erhöhungen von zwei Mal 2,0 Prozent bedeuten hingegen deutliche Reallohnverluste. Streikende am Helios-Klinikum Erfurt kommentierten das am 8. März sarkastisch auf Plakaten: »Zwei Prozent – der Helios-Doppelwumms«.

➔ [helios.verdi.de](https://helios.verdi.de)

### UNSERE AKTION



privat

»Betriebsversammlung vor dem Stuttgarter Landtag: Etwa 300 Beschäftigte und Auszubildende der Mannheimer Uniklinik befassten sich am 15. Dezember in aller Öffentlichkeit mit den stockenden Diskussionen über die Zukunft der Unikliniken Mannheim und Heidelberg. Trotz unzähliger Gutachten, die alle eine Fusion als besten Weg sehen, bremst die Landesregierung. Das wiederum hemmt die Entwicklung der betroffenen Kliniken. Deshalb haben wir die Betriebsversammlung genutzt, um unseren Unmut zu zeigen. Die mediale Aufmerksamkeit war dank ver.di-Presseeinladung groß. Landtagsabgeordnete sprachen und auch Finanzminister und Wissenschaftsministerin sahen sich genötigt, vor die Beschäftigten zu treten. Als Betriebsversammlung war das Ganze für die Teilnehmenden natürlich Arbeitszeit.«

**Bernd Gräf, ver.di-Betriebsgruppe Uniklinik Mannheim**



ver.di

## Entfristung verbindlich machen

Insgesamt über 600 Hochschulbeschäftigte und Studierende sind Mitte Januar in Frankfurt, Kassel, Gießen, Marburg, Fulda und Darmstadt auf die Straße gegangen (Foto aus Marburg). Ihre zentrale Forderung: mehr unbefristete Beschäftigung an Hessens Hochschulen. »Trotz vieler warmer Worte hat sich an der skandalösen Befristungssituation in der Praxis nichts Grundlegendes geändert«, kritisierte der

Sprecher der ver.di-Landesfachkommission Hochschulen, Mathis Heinrich, von der Uni Marburg. Weiterhin seien über 80 Prozent des wissenschaftlichen und rund 20 Prozent des administrativ-technischen Personals auf Zeit angestellt. »Freiwillige Selbstverpflichtung funktioniert offensichtlich nicht. Es braucht verbindliche Maßnahmen.«

➔ [t1p.de/hochschulen-entfristung](https://t1p.de/hochschulen-entfristung)

### 1.000 unterzeichnen Petition

Mehr als 1.000 Beschäftigte der Uni Göttingen haben per Unterschrift einen »Tarifvertrag Entfristung« gefordert. Die »ausufernde Befristungspraxis« sowohl in der Wissenschaft als auch in Technik und Verwaltung schaffe »unhaltbare Zustände«, heißt es in der von »Uni Göttingen Unbefristet« initiierten Petition. Die Unterzeichnenden fordern »eine verbindliche Regelung zur umfassenden Entfristung des wissenschaftlichen, technischen und administrativen Personals einschließlich sogenannter Qualifikationsstellen«.

➔ [uni-goettingen-unbefristet.de](https://uni-goettingen-unbefristet.de)

### MINIUMFRAGE

## Wie startet ihr in den Tag?

Seid ihr Morgenmuffel? Braucht ihr erst euren Kaffee? Ohne Joggingrunde geht nichts? Wir wollten wissen, wie ihr den Tag beginnt. Gefragt und geantwortet haben Teilnehmende der Schreibwerkstatt der *mittendrin* in Bielefeld.



werkzwei (3)

**Claudia W.**, Physiotherapeutin Städtisches Klinikum Karlsruhe

»Wie starte ich in den Tag?: Um 6 Uhr klingelt bei mir der Wecker... der erste Gang zum Kaffeeautomaten und unter die Dusche gehört zum morgendlichen Ritual. Ein Blick in die Zeitung und Absprachen über den aktuellen Tagesplan mit meinem Mann gehören ebenfalls dazu. Danach schwingen ich mich auf mein Motorrad und flitze zur Arbeit.«



**Kordula H.**, Gesundheits- und Krankenpflegerin, KfH Nierenzentrum Hannover

»Im Frühdienst stelle ich mir den Wecker extra für 4:00 Uhr. Ich falle aus meinem Bett direkt auf die Yogamatte. Dort mache ich Kraftübungen für Bauch, Beine, Rücken und Arme. Anschließend Dehn- und Yogaübungen. Alles untermalt von meiner Lieblingsmusik. Seit ich das regelmäßig mache, sind meine Rückenprobleme sehr viel weniger geworden. Der innere Schweinehund hat keine Chance mehr.«



**Alexander W.**, Heilerziehungspfleger Martinsclub Bremen e.V.

»Mein erster Weg am Morgen führt schlafwandlerisch zu meiner Espressokanne. Mit dem ersten Kaffee lege ich mich noch einmal hin und lese Zeitung. Ich versuche, immer genug Zeit zu haben, bevor der Dienst beginnt, um entspannt in den Tag zu starten. Außerdem fahre ich täglich mit dem Fahrrad zur Arbeit, um den Kopf freizukriegen und in die Gänge zu kommen.«



ver.di-Jugend in Aktion

## JUGEND

# Enttäuscht und streikbereit

Starkes Signal der ver.di-Jugend: Am 1. März demonstrierten insgesamt rund 5.000 Auszubildende und dual Studierende für einen guten Tarifabschluss im öffentlichen Dienst. Mit dabei: etliche junge Kolleg\*innen aus Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen. Zentrale Forderungen der Demonstrationen in Berlin, Esslingen, Gelsenkirchen, Hamburg, Hannover, Kassel, Kiel, Mannheim und Nürnberg waren die Erhöhung der Ausbildungs-

vergütung um monatlich 200 Euro sowie die unbefristete Übernahme nach erfolgreicher Abschlussprüfung.

In Mannheim zogen rund 700 Demonstrierende begleitet von lauter Musik durch die Straßen. »Die Arbeitgeber sollen sich nicht täuschen lassen: Auch wenn das hier aussieht wie Party – es ist uns ernst«, betonte Merle Käfer, die an der Uniklinik Mannheim eine Ausbildung zur Medizinisch-Technischen Radiologie Assistentin macht. »Wir sind die Zukunft, die

ihr dringend braucht. Ohne eine ordentliche Bezahlung gibt es bald niemanden mehr, der im öffentlichen Dienst arbeiten will.« Amelie Biegel, dual Studierende in der Pflege, kritisierte: »Als billige Arbeitskräfte sind wir noch willkommen. Wir werden beklatscht, die Aufwertung der systemrelevanten Krankenhausbeschäftigten wird uns versprochen – und jetzt ist alles wieder vergessen. Ich bin wirklich enttäuscht und streikbereit.«

Bernd Gräf

➔ [t1p.de/200-jugend](https://t1p.de/200-jugend)



Daniel Wenk

Abenddemonstration in Offenburg

## KIRCHLICHE BETRIEBE

# Teil der Bewegung

Auch Beschäftigte kirchlicher Einrichtungen beteiligen sich an den Warnstreiks. »Wir wollen uns nicht darauf verlassen, dass andere für uns etwas durchsetzen, wir sind Teil der Bewegung«, betont der Heilerziehungspfleger Jochen Dürr aus der Diakoneo Sonnenhof Schwäbisch Hall gGmbH, dessen Betrieb erstmals zum »Partizipationsstreik« aufgerufen ist. Das ist möglich, weil die sogenannten Arbeitsvertragsrichtlinien der Diakonie Württemberg den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst automatisch übernehmen. Deshalb beteiligten sich auch Beschäftigte der Stiftung Jugendhilfe aktiv, der Evangelischen Gesellschaft und des Rudolf-Sophien-Stifts in Stuttgart, der PP.rt – Gemeinnützige Gesellschaft für Psychiatrie in Reutlingen, der Jugendhilfe Freiburg-Zähringen sowie des Diakonischen Werks Lörrach und des Diakonievereins Freiburg-Südwest.

➔ [t1p.de/kirche-tarif](https://t1p.de/kirche-tarif)

# Tarifrunde öffentlicher Dienst

## Starke Bewegung

Zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe nimmt die Tarifbewegung im öffentlichen Dienst Fahrt auf. Zehntausende Beschäftigte von Bund und Kommunen – darunter etliche aus den Gesundheits- und Sozialeinrichtungen – beteiligen sich an Warnstreiks und Demonstrationen. Sie zeigen ihre Empörung darüber, dass die Arbeitgeber ihnen Reallohnkürzungen zumuten wollen. In der zweiten Verhandlungsrunde Ende Februar legten Bund und Kommunen ein Angebot vor, mit dem die Entgelttabellen um insgesamt gerade mal fünf Prozent steigen sollen – ohne soziale Komponente für die unteren und mittleren Lohngruppen und bei einer Laufzeit von 27 Monaten! Um noch eins draufzusetzen, fordern die Arbeitgeber auch noch Sonderopfer von Beschäftigten in Kliniken und Pflegeeinrichtungen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Die Kolleginnen und Kollegen halten dagegen. Sie fordern mit ver.di 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr im Monat, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Auszubildenden wollen monatlich 200 Euro mehr und die unbefristete Übernahme durchsetzen. Die entscheidende dritte Verhandlungsrunde ist für Ende März angesetzt (nach Redaktionsschluss). Dann zeigt sich, ob die Arbeitgeber die Botschaft verstanden haben.

➔ [zusammen-geht-mehr.verdi.de](https://zusammen-geht-mehr.verdi.de)

### SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDIENST

## Fördern und fordern

Rund 70.000 Beschäftigte aus dem Sozial- und Erziehungsdienst sind zum Internationalen Frauentag am 8. März zusammen mit feministischen Initiativen auf die Straße gegangen. Eine »Super-Kombination« sei das, findet die Erzieherin Claudia Brillinger vom Hamburger Kita-Träger Elbkinder. Dass in der frühkindlichen Bildung, in Krankenhäusern, Pflegediensten, in der Behindertenhilfe und der Sozialen Arbeit vergleichsweise schlecht bezahlt wird, habe auch damit zu tun, dass dort überwiegend Frauen tätig sind. »Diesen Zusammenhang machen wir gemeinsam deutlich.« Frank Stolzenburg, der in einer Erstaufnahmeeinrichtung arbeitet, findet die ver.di-Forderung nach einem Mindestbetrag von 500 Euro monatlich besonders wichtig, um vor allem Beschäftigte mit niedriger Eingruppierung besserzustellen. »Auf die Straße zu gehen, ist unsere einzige Chance, uns Gehör zu verschaffen. Und das machen wir jetzt.« Oder, wie es ein Kollege auf sein Schild geschrieben hat: »Wir fördern nicht nur, wir fordern auch!«

➔ [t1p.de/8-maerz](https://t1p.de/8-maerz)



## Mexikanerinnen streiken mit

Auch am Städtischen Klinikum Karlsruhe machen sich die Beschäftigten mit Warnstreiks für eine deutliche Lohnerhöhung stark. Mit dabei: Mexikanische Kolleginnen, die seit 2020 am Klinikum arbeiten. »Der Applaus während der Pandemie war schön, aber er füllt nicht unsere Geldbeutel«, erklärt die Pflegefachkraft Montserrat Ruby Juarez (Foto Mitte). »Davon können wir nicht unsere Miete und unsere ganzen Lebenshaltungskosten bezahlen. Deshalb ist ganz klar: Wir stehen hinter den Forderungen.« Beschäftigte könnten sich nur gut organisiert durchsetzen. »Deshalb sind wir auch bei ver.di eingetreten. Zusammen geht mehr!« ➔ [t1p.de/streik-k-karlsruhe](https://t1p.de/streik-k-karlsruhe)

### STUDIENDENWERK BOCHUM

## Es reicht hinten und vorne nicht

»Ein sehr cooles Gefühl«, findet es die Gastro-Mitarbeiterin Ella Franz aus dem Studierendenwerk in Bochum, bei den Warnstreiks des öffentlichen Dienstes mitzumachen. »Wir wollen zeigen: Es geht so nicht weiter, das Geld reicht hinten und vorne nicht.« Auch früher war die 39-Jährige schon bei Streiks dabei, aber nie war die Dynamik so groß wie jetzt. »Fast alle haben beim Warnstreik mitgemacht«, berichtet sie. Waren vor der Tarifbewegung etwa ein Drittel der 540 Kolleg\*innen organisiert, ist es nun fast schon die Mehrheit. ➔ [t1p.de/oed-stw](https://t1p.de/oed-stw)



## HOCHSCHULEN

# Studierende in Not

**Steigende Preise, hohe Mieten: Viele Studierende kommen kaum noch über die Runden. Darunter leidet ihr Studium. Auf Kundgebungen in Hessen machen sie auf ihre Situation aufmerksam.**

Fast zwei Wochen war Milena, 25, nicht mehr einkaufen. »Das Geld ist gerade sehr knapp«, sagt die Studentin der Sozialen Arbeit aus Fulda. »Diesen Monat musste ich noch den Semesterbeitrag wuppen.« Frisches Obst oder Gemüse ist deshalb aktuell nicht drin. Wenn die Studentin ab und zu in der Mensa zu Mittag isst, reicht es immer nur für Nudeln mit Soße, für 2,40 Euro. Der Akku ihres alten Handys mit Prepaid-Karte hält nicht mehr lange. Doch an ein neues Smartphone oder gar Urlaub

ist nicht zu denken. »Das ist Luxus«, meint Milena. Als studentische Hilfskraft verdient sie 12,50 Euro pro Stunde. Seit die Preise so stark steigen, muss sie immer mehr arbeiten, um über die Runden zu kommen. Darunter leide das Studium, bedauert sie. Die Bachelorarbeit habe sie gerade um ein Semester nach hinten verschoben.

Damit ist sie keine Ausnahme. Weil derzeit so viele Studierende unter Geldnot leiden, hat die 25-Jährige eine Kundgebung auf dem Campus in Fulda mit auf

die Beine gestellt: »Wir wollen darauf aufmerksam machen, wie es uns Studierenden gerade geht.«

Auch in Darmstadt, Frankfurt, Gießen, Kassel und Marburg gingen die jungen Leute am 17. Januar auf die Straße. Eigentlich zielte der hessenweite Aktionstag von ver.di und GEW darauf, mehr Tempo bei Entfristungen einzufordern. Doch die Studierenden schlossen sich kurzerhand den Protesten an. In Fulda versammelten sich rund 130 Menschen bei eisiger Kälte vor der Mensa, viele von ihnen ergriffen spontan das Wort und schilderten ihre persönliche Situation. »Ich bin superstolz auf sie«, sagt Milena. »Gemeinsam versuchen wir, etwas zu bewegen.«

## Studium bleibt auf der Strecke

Auch Mirko, 26, beteiligte sich an der Kundgebung. Der Student hat keine Familie, die ihn finanziell unterstützt. Er habe sich aus eigener Kraft hochgekämpft, berichtet er. Erst besuchte er die Förderschule, holte später das Fachabitur nach, machte eine Ausbildung im Einzelhandel – und arbeitete immer nebenbei. »Wären die Zeiten da schon so hart gewesen wie jetzt, mit so hoher Inflation, wäre das nicht möglich gewesen«, ist Mirko überzeugt, »keine Chance.« Das sei ungerecht. Auch junge Menschen

## Wo gibt es kurzfristige Unterstützung?

In finanziellen Notlagen können Studierende bei den Studierendenwerken Unterstützung bekommen. Es empfiehlt sich, bei Problemen nicht lange zu zögern, sondern direkt die Sozialberatung in Anspruch zu nehmen. Dort gibt es praktische Tipps, welche Hilfeleistungen in Frage kommen. Viele Studierendenwerke verfügen über Sozialfonds. Aus diesem Topf können Studierende in akuter Geldnot einmalige Zuschüsse beantragen, beispielsweise für kostenloses Essen in der Mensa. Sogenannte Freitische sind an fast allen Hochschulen üblich, dabei wird die Mensakarte mit einem Geldbetrag aufgeladen. Bei sozialen Härtefällen ist es mitunter auch möglich, den Semesterbeitrag erstattet zu bekommen oder Wohngeld zu erhalten. Außerdem gibt es die Möglichkeit, zinslose Darlehen zu beantragen. Allerdings sind die Angebote und Bedingungen überall unterschiedlich. Die Sozialberatung am jeweiligen Standort kann am besten weiterhelfen.

➔ [studentenwerke.de/de/studienfinanzierung](https://studentenwerke.de/de/studienfinanzierung)

Studierende und Fachschüler\*innen können die von der Bundesregierung schon vor Monaten beschlossene Energiepreispauschale endlich beantragen:

➔ [einmalzahlung200.de](https://einmalzahlung200.de)

## TARIFVERTRAG FÜR STUDENTISCHE BESCHÄFTIGTE



Aktion bei der TVStud-Konferenz in Göttingen

## Jetzt oder nie!

Starker Auftakt für die nächste Etappe in der Auseinandersetzung um Tarifverträge für studentische Beschäftigte an Hochschulen: Ende Februar diskutierten rund 250 Aktivist\*innen aus dem ganzen Bundesgebiet in Göttingen über die nächsten Schritte der Bewegung für einen »TVStud«. »Das war richtig groß und alle waren übelst motiviert«, berichtet Karl Wolff aus Darmstadt. »Es steckt super viel Energie in dem Thema. Wann, wenn nicht jetzt, haben wir die Chance, endlich Tarifverträge für uns durchzusetzen?«

Entsprechend war das Motto der von ver.di, GEW und der bundesweiten TVStud-



Studierende in Gießen fordern Unterstützung.

ohne reiche Eltern müssten eine faire Chance erhalten. Auf sein BAföG habe er ewig warten müssen, obwohl er alle Anträge pünktlich abgeliefert habe. »Ich saß zum Schluss komplett ohne Geld da.« Auf dem Amt riet ihm ein Mitarbeiter, sich doch an die Essenausgabe der Tafel zu wenden. »Noch ein, zwei Wochen länger – und ich wäre geliefert gewesen.«

Mirko ergatterte ein Appartement im Studentenwohnheim in Fulda. »Im aller-allerletzten Moment.« Zwei Wochen vor Start des Semesters, ein Kellerzimmer für 295 Euro. »Ein echter Glücksfall«, findet der Student. Nebenbei arbeitet er zweibis dreimal pro Woche für zwölf Euro pro Stunde in einem Jugendzentrum. »Das ist sehr zeitaufwendig«, sagt Mirko. »Das Studium bleibt dabei manchmal etwas auf der Strecke.« Kürzlich sei er durch

eine Prüfung gefallen, weil er kaum Zeit zum Lernen hatte.

Alexander vom Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Hochschule Fulda fordert rasch mehr Unterstützung für Studierende: »Viele fühlen sich im Stich gelassen.« Nach Angaben des Statistischen Bundesamts galt bereits 2021 – und damit vor der aktuellen Energiepreiskrise und der extrem hohen Inflation – weit mehr als jeder dritte Studierende als armutsgefährdet. Wohnten die Studierenden nicht mehr zu Hause, waren sogar Dreiviertel betroffen. Schon damals waren fast zwei von fünf Studierenden nicht in der Lage, unerwartete größere Ausgaben zu bestreiten. »Jetzt hat sich die Situation noch verschärft«, sagt Alexander, »viele müssen wirklich jeden Cent zweimal umdrehen.«

Nach Ansicht des Generalsekretärs des Deutschen Studierendenwerks, Matthias Anbuhl, muss sich deshalb vor allem beim BAföG dringend etwas tun. Die Studienfinanzierung sei der zentrale Hebel, um die Not zu lindern. Der BAföG-Grundbedarf von 452 Euro liege unter dem Existenzminimum, kritisiert Anbuhl. Außerdem sei die Wohnpauschale so niedrig, dass sich Studierende bei den heutigen Mietpreisen in den meisten Hochschulstädten davon kaum ein WG-Zimmer leisten könnten. Hinzu kommt: Nur etwa 11 Prozent aller Studierenden erhalten BAföG, ein historischer Tiefstwert, vor zehn Jahren waren es noch 25 bis 30 Prozent. »So viele von uns sind nur noch am Struggeln«, sagt Milena. »Immer heißt es, wir seien die Zukunft. Aber jetzt ist unsere Not groß.« **Kathrin Hedtke**

## STUDIE

**Jung, akademisch, prekär** – vor allem mit dem letzten Wort bringt der Titel einer Befragung von rund 11.000 studentischen Beschäftigten die Ergebnisse auf den Punkt. 16,7 Prozent von ihnen geben an, im Durchschnitt 4,9 Wochen vor oder nach Vertragsbeginn ohne Bezahlung zu arbeiten. Laut der von ver.di und GEW in Auftrag gegebenen Studie laufen die Verträge durchschnittlich weniger als ein halbes Jahr. »Die Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten grenzen an Ausbeutung«, kritisiert ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. »Die täglichen Gesetzesverstöße müssen die Arbeitgeber sofort abstellen.«

➔ [t1p.de/studie-stud-](https://t1p.de/studie-stud-)

Vernetzung gemeinsam mit Studierendenvertretungen und politischen Hochschulgruppen organisierten Konferenz gewählt: »Jetzt oder nie!« Die Rahmenbedingungen seien aktuell günstig, so der Tenor. Die vielen Aktivitäten der vergangenen zwei Jahre, in denen sich an etlichen Hochschulen TVStud-Initiativen gründeten, haben die gesellschaftlichen und politischen Debatten zur Situation studentischer Beschäftigter befördert. »Es steht zehn zu sechs«, bringt Karl Wolff die Entwicklung auf den Punkt: In 10 von 16 Bundesländern haben sich die Regierungsparteien für den TVStud ausgesprochen. Bei der im Herbst anstehenden Tarifrunde haben sie die Gelegenheit, ihre Versprechen einzulösen. Den in Göttingen versammelten Aktivist\*innen ist

allerdings klar, dass noch viel Druck nötig ist, um die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zu Zugeständnissen zu bewegen. Bislang lehnt der Arbeitgeberverband Tarifverträge für studentische Beschäftigte kategorisch ab und untersagt auch einzelnen Bundesländern, darüber mit ver.di zu verhandeln. »Unser Ziel ist es, den TVStud in der Länder-Tarifrunde im Herbst auf die Agenda zu setzen«, erklärt Laura Six aus Hamburg. Als Mitglied der ver.di-Bundesjugendtarifkommission für den öffentlichen Dienst betont sie aber auch: »Voraussetzung ist, dass wir uns an den Hochschulen stark aufstellen und sich die Betroffenen organisieren.«

➔ [t1p.de/tv-stud](https://t1p.de/tv-stud)

# Der Weg zum Tarifvertrag

Transparent, demokratisch, durchsetzungsstark – so wird es was

Spiel mit! Du brauchst Mitspieler\*innen, eine Tüte Gummibärchen, einen Würfel und Spielfiguren (was du zur Hand hast: Stifthüllen, Büroklammern, Papierkügelchen). Falls du gerade keinen Würfel da hast, kannst du eine Würfelapp (zum Beispiel »Der Würfel«) mit dem Smartphone nutzen. Und los geht's: Reihum wird gewürfelt und gesetzt. Ihr habt gewonnen, wenn alle im Ziel sind.

## 71 VERHANDLUNGSSTART

Zwischenstände werden stets zeitnah mit den Mitgliedern kommuniziert. Diese **Transparenz** verschafft uns Rückhalt.

Du darfst zwei Gummibärchen essen

Benenne zwei Mitspieler\*innen, die zu dir vorrücken dürfen

## 61 TEAMDELEGIERTE

Am besten sind die Teams direkt eingebunden, indem sie **Delegierte** oder **Tarifbotschafter\*innen** bestimmen, die auf dem Laufenden bleiben und ihre Kolleg\*innen informieren.

DELEGIERTE



TARIFBOTSCHAFTER



Bitte würfeln und vorrücken

START

## 11 WIR LAUFEN UNS WARM!

Die ver.di-Mitglieder wählen eine **Tarifkommission** ehrenamtlicher Kolleg\*innen aus den Betrieben.

## 21 SIND WIR STARK GENUG?

Für erfolgreiche Tarifverhandlungen brauchen wir einen guten gewerkschaftlichen **Organisationsgrad**.

Warte auf eine\*n Mitspieler\*in

WIR SIND VIELE!

## 31 ES KANN LOSGEHEN

Wir fordern den Arbeitgeber zu **Tarifverhandlungen** auf bzw. kündigen den bisherigen Tarifvertrag.

Noch einmal würfeln

Ihr habt die Mehrheit hinter euch, du darfst zwei Felder vorrücken

## 51 STÄRKETEST

Stehen die Kolleg\*innen hinter der Forderung? Das dokumentieren sie nach innen und außen, zum Beispiel mit einer **Mehrheitspetition**.

## 41 BEFRAGUNG

Was fordern die Beschäftigten, insbesondere die ver.di-Mitglieder? Was sind sie bereit, dafür zu tun? Auf Basis von Befragung und Diskussion beschließt die Tarifkommission die Forderungen und bestimmt die Verhandlungskommission.

Iss drei Gummibärchen einer Farbe





**ZIEL**

ANCHESSENE BEZAHLUNG

KURZE ARBEITSZEITEN

GUTE BEDINGUNGEN

Alle restlichen Gummibärchen gemeinsam aufessen

**17| IHR HABT EUCH DURCHGESETZT**

Der neue Tarifvertrag tritt in Kraft. Jetzt wird gefeiert. Aber Achtung: Stark und präsent bleiben – auch außerhalb von Tarifrunden.

**16| DIE MITGLIEDER ENTSCHEIDEN**

Einer kommt aufs Feld: Alle nehmen sich drei Gummibärchen

Die ver.di-Mitglieder werden zum Ergebnis befragt. Im Falle einer zweiten Urabstimmung reichen 25 Prozent Zustimmung. Auf dieser Grundlage entscheidet die Tarifkommission über die Annahme des Kompromisses.



**8| SO SCHNELL KANN ES GEHEN**

Der Arbeitgeber macht ein verhandlungsfähiges Angebot

Rücke vor auf Ergebnis



**15| ERGEBNIS**

Nimm dir zwei Gummibärchen

Entschlossenheit und Ausdauer zahlen sich aus. Der Arbeitgeber macht Zugeständnisse und ermöglicht so einen Verhandlungskompromiss.

**9| ... ODER AUCH NICHT**

Der Arbeitgeber verweigert ein verhandlungsfähiges Angebot. Die Antwort muss aus den Betrieben kommen.



Es wird zäh ... Einmal aussetzen

Rücke drei Schritte vor

**14| AUSDAUER ZEIGEN**

Die Teamdelegierten melden: Der Streik steht solide, neue Kolleg\*innen schließen sich an.



**10| EINSCHÜCHTERUNGSVERSUCH**

Der Arbeitgeber versucht, die Beschäftigten einzuschüchtern und zu spalten. Einige bekommen Angst.



Gehe vier Schritte zurück

Stimme dich ab: Ein\*e Mitspieler\*in deiner Wahl darf zu dir vorrücken

**13| URABSTIMMUNG**

Der Arbeitgeber eskaliert den Konflikt. ver.di ruft alle betroffenen Mitglieder zur Urabstimmung über einen Erzwingungsstreik auf. Mindestens 75 Prozent müssen sich dafür aussprechen, denn der Streik braucht eine solide Basis.



**12| SIGNAL ANGEKOMMEN**

Der Arbeitgeber versteht die Warnung und lenkt ein.

Gemeinsam stark: Jede\*r Mitspieler\*in erhält ein Gummibärchen

Rücke auf Ergebnis vor

**11| WARNSTREIK**

Die Beschäftigten nutzen ihr im Grundgesetz garantiertes Streikrecht. Selbstverständlich dürfen auch Auszubildende und Kolleg\*innen kirchlicher Betriebe die Arbeit niederlegen, wenn sie von ver.di dazu aufgerufen werden.



Erklärfilm Tarifvertrag der Hans-Böckler-Stiftung: [t1p.de/tv-einfach](https://t1p.de/tv-einfach)  
 Erklärfilm Streik der Hans-Böckler-Stiftung: [t1p.de/streik-einfach](https://t1p.de/streik-einfach)

## BEHINDERTENHILFE

# Arbeitgeber für höhere Löhne

Eine gute Bezahlung von Persönlichen Assistent\*innen ist für schwerbehinderte Menschen existenziell. In Berlin haben sie nun mit ver.di einen refinanzierten Tarifvertrag erreicht. Daniel Behruzi

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber als Vorkämpfer\*innen für höhere Löhne? Auch das gibt es. In Berlin haben schwerbehinderte Menschen, die im sogenannten Arbeitgebermodell Persönliche Assistent\*innen beschäftigen, mit ver.di einen Tarifvertrag geschlossen. Gemeinsam mit den Beschäftigten protestierten sie mehrfach vor dem Abgeordnetenhaus und dem Sitz der Landesregierung. Als eine seiner letzten Amtshandlungen wies der rot-grün-rote Senat die Verwaltung an, die tarifliche Bezahlung zu refinanzieren. Ein bundesweit bislang einmaliger Durchbruch, der Vorbild für andere Regionen sein könnte.

»Ich bin existenziell darauf angewiesen, meine Leute gut bezahlen zu können«, sagt Birgit Stenger, die seit 40 Jahren von Persönlichen Assistent\*innen unterstützt wird. »Sie müssen absolut zuverlässig und kompetent sein. Das ist eine körperlich und psychisch anstrengende Arbeit, die angemessen honoriert werden muss.« Seit 1996 gibt es in Berlin das sogenannte Arbeitgebermodell, in dem die Assistent\*innen direkt bei dem schwerbehinderten Menschen angestellt sind. Das bedeutet ein Stück mehr Selbstbestimmung, weil diese selbst entscheiden können, wer sie unterstützt. »Es ist für mich absolut wichtig, dass ich mich gut mit den Assistent\*innen verstehe. Denn man ist die ganze Zeit zusammen und kommt sich sehr nahe«, erklärt Birgit Stenger.

## Arbeitgeberverband gegründet

Deshalb hat sie sich gemeinsam mit anderen Assistenznehmer\*innen in einem Arbeitgeberverband zusammengeschlossen. Anlass waren Tarifverträge, die ver.di 2019 bei den Assistenzdiensten



Die Aktivist\*innen haben viele Gespräche mit den politisch Verantwortlichen geführt – hier mit Franziska Giffey (SPD) und Bettina Jarasch (Grüne).



Mehrere Aktionen waren nötig, um die Refinanzierung des Tarifvertrags durchzusetzen (hier am 27. September 2022 vor dem Roten Rathaus).

ambulante Dienste e.V. und Neue Lebenswege GmbH durchgesetzt hat. Demnach werden deren rund 1.000 Angestellte in Haustarifverträgen nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) bezahlt, eingruppiert in die Entgeltgruppe EG 5. Die gut 700 Persönlichen Assistent\*innen hingegen, die im Arbeitgebermodell arbeiten, erhielten nur die EG 3 – etwa 200 Euro weniger im Monat.

»Früher wurden Assistent\*innen im Arbeitgebermodell besser bezahlt als bei den Diensten, denn sie tragen viel mehr Verantwortung«, sagt Birgit Stenger. Bei den großen Assistenzbetrieben gebe es Bereitschaftsdienste, falls Kolleg\*innen wegen Krankheit ausfallen. Im Arbeitgebermodell hingegen muss alles von wenigen Assistenzkräften aufgefangen werden. »Bei mir zum Beispiel arbeiten sechs Menschen, davon sind aktuell vier krank und einer in Urlaub – und trotzdem muss die Assistenz irgendwie abgedeckt sein. Das verlangt den Leuten viel ab.« Birgit Stenger und ihre Mitsstreiter\*innen wollten mit der Tarifinitiative dafür sorgen, dass ihre Beschäftigten zumindest so bezahlt werden, wie diejenigen in den großen Assistenzbetrieben.

## Bundesweites Vorbild?

Das ist nun erreicht. ver.di und der Arbeitgeberverband einigten sich auf einen Tarifvertrag, der unter anderem die Eingruppierung in die EG 5, Bezahlung von Rufbereitschaft und weitere Regelungen beinhaltet, die sich am TV-L orientieren. Mit der besseren Eingruppierung werde endlich anerkannt, dass die Persönliche Assistenz eine anspruchsvolle Arbeit ist, auch wenn sie keine formale Qualifikation voraussetzt, betont Jan Gehling, der seit 20 Jahren als Persönlicher Assistent arbeitet und sich in der ver.di-Tarifkommission engagiert. »Der lange Kampf hat sich gelohnt«, bilanziert ver.di-Verhandlungsführer Ivo Garbe. »Der bundesweit erste Tarifvertrag im Arbeitgebermodell der Persönlichen Assistenz bringt deutliche Verbesserungen. Er sollte bundesweit zum Standard werden, damit diese so wichtige Arbeit überall angemessen bezahlt wird.« -red [t1p.de/behindertenhilfe-berlin](https://t1p.de/behindertenhilfe-berlin)



Daniel Behruzi

Die Beschäftigten der Uniklinik Gießen und Marburg zeigen ihre Verhandlungs- und Kampfbereitschaft.

# Verhandlungsbereit – streikbereit

Beschäftigte der Uniklinik Gießen und Marburg machen Druck für Entlastung. Schon über 900 neue ver.di-Mitglieder

Es bleiben der Leitung des Uniklinikums Gießen und Marburg (UKGM) noch wenige Tage. Am 24. März (nach Redaktionsschluss) läuft das Ultimatum ab, das über 70 Prozent der betroffenen Beschäftigten – insgesamt 4.163 Kolleginnen und Kollegen – unterschrieben haben: Entweder akzeptiert Deutschlands einziges kommerziell betriebenes Universitätsklinikum bis dahin einen Tarifvertrag für Entlastung und Beschäftigungssicherung – oder es kommt zum Erzwingungsstreik. Bei einem großen Ratschlag in der Gießener Kon-

gresshalle demonstrierten rund 1.000 UKGM-Beschäftigte am 7. März, dass sie für beide Varianten gerüstet sind: für konstruktive Verhandlungen ebenso wie für einen Streik, wie ihn das mittelhessische Uniklinikum noch nicht erlebt hat.

Schon der Warnstreik machte deutlich, welche Folgen ein Arbeitskampf für den Klinikbetrieb haben kann. Von etlichen Stationen berichteten Streikende, dass Betten vorübergehend geschlossen und Leistungen eingeschränkt werden mussten – selbst in Bereichen, die als schwer zu

bestreiken gelten. Ihre Entschlossenheit zeigt die Belegschaft auch dadurch, dass binnen weniger Wochen hunderte Kolleg\*innen ver.di beigetreten sind. Insgesamt haben sich seit Oktober über 900 Beschäftigte der Gewerkschaft angeschlossen. Täglich kommen neue hinzu. Sie wollen zwei Forderungen durchsetzen: Eine Arbeitsplatzsicherung auch für die Beschäftigten der Servicegesellschaft und den ersten Tarifvertrag Entlastung in einem profitorientierten Konzern. -red

👉 [t1p.de/klinik-g-m-bereit](https://t1p.de/klinik-g-m-bereit)



Daniel Behruzi

Gute Stimmung beim Ratschlag der UKGM-Beschäftigten am 7. März 2023 in Gießen

## Charité: positive Bilanz

Ein Jahr nach Abschluss des Entlastungstarifvertrags an der Charité erkennt auch das Management die Vorteile. Bis zum Januar habe das Berliner Uniklinikum 500 neue Mitarbeitende gewonnen, erklärte Clara Eysel, die im Charité-Vorstand für Personal und Pflege zuständig ist, gegenüber *kma-online*. Zwar hätten zugleich 100 Beschäftigte das Haus verlassen, dennoch: »Es hat sich ganz klar etwas getan, seit der Tarifvertrag in Kraft ist.« Diese Erfahrung sollte Eysel mit anderen Klinikleitungen teilen, damit deren Beschäftigte nicht auch erst 30 Tage streiken müssen, um einen Tarifvertrag Entlastung zu bekommen.

## Entlastung in Dresden

ver.di hat im Februar am Universitätsklinikum Dresden ein Tarifergebnis erzielt, bei dem auch Regelungen für mehr Personal und Entlastung festgelegt werden. Die von ver.di, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und dem Deutschen Pflegerat entwickelte Personalbemessung für die Krankenhauspflege, die PPR 2.0, muss in Dresden künftig zu 100 Prozent eingehalten werden. In anderen Bereichen gelten feste Personalschlüssel. Arbeiten Beschäftigte dennoch in unterbesetzten Schichten, erhalten sie einen tariflichen Ausgleich in Höhe von 15 Prozent, vorrangig abgegolten in Freizeit.

# Kampf um Angleichung

Sie kümmern sich um Sauberkeit und Hygiene im Krankenhaus. Sie sorgen für saubere Wäsche, sterile OP-Instrumente, funktionierende Technik. Sie transportieren Patient\*innen, teilen Essen aus und, und, und... Ohne die Beschäftigten der Servicebereiche funktioniert kein Krankenhaus. Dennoch gehören sie oft nicht dazu, sind in Tochtergesellschaften ausgliedert und werden schlechter bezahlt. Zunehmend wehren sie sich und fordern die Angleichung an die Flächentarifverträge und die Wiedereingliederung in die Muttergesellschaft.

Geschafft haben das die Kolleg\*innen der Mühlenkreiskliniken. Auch im Städtischen Krankenhaus Kiel gilt für Servicekräfte ab 2024 der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). An der Uniklinik Freiburg haben sie zumindest deutliche Lohnerhöhungen erkämpft. Das fordern auch die Beschäftigten der Servicegesellschaft KSG am Uniklinikum Göttingen. Von ihrem Ziel wollen sie sich auch durch Einschüchterungsversuche nicht abbringen lassen. Und in Berlin machen die Kolleg\*innen der Tochtergesellschaften Druck auf die politischen Entscheidungsträger\*innen, damit sie endlich Verantwortung übernehmen. Weiter so!

➔ [t1p.de/service-krankenhaus](https://t1p.de/service-krankenhaus)



Die Servicekräfte der Mühlenkreiskliniken in Aktion

## UMG KLINIKSERVICE GÖTTINGEN

### »Ich habe keine Angst mehr«

Die Geschäftsführung der UMG Klinikservice Göttingen (KSG) zieht alle Register: Sie verweigert ihren streikbereiten Beschäftigten eine Notdienstvereinbarung zu den üblichen Konditionen, verschickt sogenannte Dienstverpflichtungen und droht damit, den kampfstärksten Bereich, die Reinigung im Zentral-OP (ZOP), an eine externe Firma zu vergeben. Doch die Kolleg\*innen lassen sich nicht einschüchtern. Sie organisieren einseitig Notdienste, nehmen trotz »Dienstverpflichtung« ihr Streikrecht wahr und lassen sich auch von der

angedrohten Fremdvergabe nicht ins Bockshorn jagen.

#### Über 120 neue ver.di-Mitglieder

ver.di fordert, dass die Entgelte an den Länder-Tarifvertrag angeglichen, zumindest aber um 20 Prozent erhöht werden. Die Mehrheit der vom Tarifkonflikt Betroffenen, 375 Kolleginnen und Kollegen, hat sich per Unterschrift hinter die Forderung gestellt. Über 120 Beschäftigte sind im Zuge der Auseinandersetzung ver.di beigetreten, und mit jeder Aktion kommen

neue hinzu. Eine von ihnen ist Christina Vicente. Früher habe sie sich für solche Themen nicht interessiert, sagt die Hauswirtschaftlerin. »Es ist das erste Mal, dass ich mich für meine Interessen einsetze und laut meine Meinung sage – das fühlt sich gut an.« Wie die meisten arbeitet die 56-Jährige in Teilzeit und geht mit 1.000 Euro netto nach Hause. Über die Runden kommt sie nur mit einem weiteren Minijob. Die vom Unternehmen angebotene Lohn-erhöhung von jeweils 4,0 Prozent in den kommenden drei Jahren hält Christina Vicente angesichts der hohen Inflation für völlig unzureichend.

#### Zweifel überwunden

Die ZOP-Reinigerin Daniela Gerke will ebenfalls weiter für eine bessere Bezahlung kämpfen, auch wenn sie wegen der ange-drohten Fremdvergabe zunächst Bedenken hatte. »Ich hatte schon Zweifel, ob ich weiter streiken soll, aber dann habe ich mich nach vielen Gesprächen dafür entschieden«, erklärt sie. Und so hat es auch die überwältigende Mehrheit ihrer Kolleginnen in der ZOP-Reinigung gemacht, die fast komplett zur Streikversammlung erschienen sind. »Wir haben es angefangen, da hören wir jetzt nicht auf«, sagt Daniela Gerke. Und ihre Kollegin betont: »Ich habe keine Angst mehr. Wenn sie mich kündigen, dann kündigen sie mich halt.«

-dab

Streikversammlung der KSG am 27. Februar in Göttingen



Daniel Behruzi

➔ [t1p.de/service-goett](https://t1p.de/service-goett)



privat

## Kiel: TVöD ab 2024

Ab dem 1. Januar 2024 gilt in der SKK Service GmbH am Städtischen Krankenhaus Kiel der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Erreicht haben die Beschäftigten das, indem sie sich zu 50 Prozent in ver.di organisierten und insgesamt fünf Warnstreiktage auf die Beine stellten. Der Erfolg strahlt in der Region bereits aus: Die Kolleg\*innen der Tochtergesellschaft des Uniklinikums Schleswig-Holstein, Service Stern Nord, machten im Landtagswahlkampf Druck und erreichten, dass CDU und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag die Überleitung in den TVöD vereinbarten. Jetzt pochen sie darauf, dass dies rasch umgesetzt wird.

## Freiburg: 250 Euro mehr

Die Beschäftigten der Servicebetriebe am Uniklinikum Freiburg haben mächtig Druck gemacht. Sie haben etliche Aktionen und drei große Warnstreiktage organisiert. So konnte ver.di im Dezember einen Verhandlungskompromiss erzielen, der ihnen einmalig insgesamt 4.200 Euro bringt – brutto wie netto. Die Entgelttabelle wird um insgesamt 250 Euro im Monat erhöht, bei einer Laufzeit von 24 Monaten. Das sind dauerhaft zwischen 9,2 und 12,4 Prozent mehr.

## Ein Krankenhaus, ein Team, ein Tarif

Für dieses Ziel streiten Servicekräfte aus Kliniken im ganzen Land. Ein neuer ver.di-Flyer motiviert und klärt auf.

Download:

[t1p.de/service-1team](https://t1p.de/service-1team)



## MÜHLENKREISKLINIKEN

# Reinigung kehrt ganz zurück

Beharrlichkeit zahlt sich aus: Nach langjährigen Protesten wird die Reinigung an den Mühlenkreiskliniken ab 2024 wieder komplett selbst erbracht. Vor fast 20 Jahren waren die Servicebereiche ausgegliedert worden. Doch die geplante Tariffucht konnten die Beschäftigten seinerzeit abwehren. 2019 setzten sie mit vielen Aktionen die Auflösung der Servicegesellschaft und die Wiedereingliederung der Beschäftigten ins Klinikum durch.

Seitdem hat sich für sie einiges verbessert. So wurde die niedrigste Entgeltgruppe für den Spüldienst abgeschafft. Beschäftigte in der Zentralküche und anderen Abteilungen wurden höher eingruppiert. Und die Reinigungskräfte wurden in kleineren Teams organisiert, wodurch sich die Kommunikation und das Betriebsklima verbesserten. Der Wermutstropfen war 2019 allerdings, dass ein erheblicher Teil der

Reinigung weiterhin von einer externen Firma erbracht wurde.

Auch das haben die Kolleg\*innen nun geändert. Der Kreistag des Kreises Mindelübbecke willigte ein, die Reinigung nach Auslaufen des Vertrags Ende 2023 nicht mehr an eine Fremdfirma zu vergeben. Alle Beschäftigten sollen ein Angebot für eine Beschäftigung im Konzern erhalten. »Ich bin so glücklich, es endlich geschafft zu haben«, sagt Kerstin Wehling, die bis zur Wiedereingliederung 2019 Betriebsratsvorsitzende der Service-GmbH war und sich jetzt im Klinik-Personalrat engagiert. »Unser große Stärke war, dass wir immer zusammengehalten haben.« Wenn die Pflegekräfte für mehr Personal demonstrierten, standen ihre Kolleg\*innen aus Küche, Reinigung und Handwerk an ihrer Seite. »Wir sind ein Betrieb!«

-kah

[t1p.de/muehlen-reinigung](https://t1p.de/muehlen-reinigung)

## VIVANTES- UND CHARITÉ-TOCHTERGESELLSCHAFTEN

»Wir in den Tochtergesellschaften von Vivantes und Charité in Berlin kämpfen seit Jahren dafür, wieder zur Klinikbelegschaft zu gehören. 2021 haben wir über 30 Tage für die Angleichung an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) gestreikt. Gegen heftigen Widerstand konnten wir einige Verbesserungen durchsetzen, aber wir werden noch immer schlechter bezahlt. Angesichts der aktuellen Preisexplosion ist das doppelt dramatisch. Gerade die unteren Lohngruppen brauchen dringend mehr Geld. Deshalb haben wir im Landtagswahlkampf Druck gemacht. Schließlich handelt es sich um landeseigene Unternehmen. Sowohl SPD als auch CDU haben einen Inflationsausgleich und die Rückführung der Töchter in die Muttergesellschaften versprochen. Das darf jetzt nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die neue Landesregierung muss das schnell umzusetzen. Ohne uns läuft das Krankenhaus nicht. Wir wollen endlich wieder dazu gehören und so bezahlt werden wie alle anderen: nach dem TVöD.«



Marcus Hamann ist Betriebsrat und Mitglied der ver.di-Tarifkommission bei den Vivantes-Tochtergesellschaften.



# Pommes ohne Würstchen

**Ob Essen oder Wohnen: Studierendenwerke sollen junge Menschen während des Studiums unterstützen. Doch die Zuschüsse sind viel zu gering. Das geht auf Kosten der Studierenden – und des Personals.** Kathrin Hedtke

Als die ersten Lastwagen frühmorgens durch die Schranke auf den Mainzer Unicampus rollen und an der Laderampe des Studierendenwerks stoppen, ist es draußen noch stockdunkel. Ab 5.30 Uhr lädt Lukas Steinau eine Lieferung nach der anderen auf seinen blauen Rollwa-



**Lukas Steinau sorgt dafür, dass alle Waren an den richtigen Platz kommen.**

gen: Säcke voller Reis, Gemüse- und Obstkonserven, Paletten mit frischem Salat. Mit dem Aufzug geht es ins Untergeschoss der Mensa, im fahlen Licht der Neonröhren verstaut er dort alle Lebensmittel in Lagerräumen, stapelt Pappkartons mit tiefgekühlten Karottenstücken bei minus 20 Grad im Kühlraum. »Ich bin hier die helfende Hand«, sagt Lukas Steinau. Immer wieder eilt der Logistikmeister hoch und runter, überprüft Lagerbestände und Haltbarkeitsdatum, stellt die Bestellungen für Mensen und Cafeterien zusammen, hakt Waren auf seinem Klemmbrett ab und digitalisiert die Lieferscheine.

Ein Lieferant brachte nicht wie bestellt tiefgefrorenes Gemüse für Asia-Pfanne, sondern Chinagemüse. »Jetzt muss alles im System geändert werden«, sagt Ulrich Hempe, zuständig für den Einkauf. Die Zusatzstoffe müssen überprüft, Allergene wie Sellerie oder Erdnüsse gekennzeichnet werden. Falsche Waren, falsche Mengen, falsche Preise: Jeder kleine Fehler bringt den kompletten Ablauf durcheinander, die Abrechnung stimmt nicht mehr.

»Wir kommen mit der Arbeit kaum hinterher«, sagt Ulrich Hempe. Das Team der Hochschulgastronomie des Studierendenwerks wurde stark zusammenge-kürzt. Direkt zu Beginn der Corona-Pandemie wurde die Hochschulgastronomie

geschlossen und rund 45 Saisonkräfte erhielten keine neuen Arbeitsverträge, berichtet der ver.di-Vertrauensmann. Viele hätten vorher jahrelang während der Semester in der Küche oder an der Kasse gearbeitet. »Das war für die Leute bitter.« Und auch die Stammebelegschaft habe darunter zu leiden. Ihr Stress sei stark gestiegen, der Krankenstand hoch. »Wir stehen den ganzen Tag unter Strom«, sagt der Einkaufsleiter.

Will die Cafeteria eine Müslibar aufbauen oder Brötchen mit veganem Aufstrich anbieten, stellt sich für den Einkaufsleiter stets aufs Neue die Frage: »Wo bekomme ich die Zutaten her?« Produkte sind nicht lieferbar, Mengen nicht verfügbar, Preise gestiegen. So habe sich etwa der Kilopreis für Fleisch fast verdoppelt, Spülmittel koste 30 Prozent mehr. Alles werde teurer. »Doch das Land hat die Zuschüsse seit Jahrzehnten nicht erhöht.«

## »Corona hat voll reingehauen«

Die Studierendenwerke wurden vor über 100 Jahren von Hochschullehrkräften und Studierenden gegründet, um junge Menschen während des Studiums zu unterstützen. Ob Essen, Wohnen, BAföG oder Beratung, bis heute gilt: »Die Studierenden sollen in Ruhe studieren, wir kümmern uns um den Rest!« Doch die Studierendenwerke müssten in die Lage versetzt werden, ihren öffentlichen Auftrag erfüllen zu kön-



Thomas Lohnes (5)



**Köchin Elke Spieß liebt den Kontakt zu den Studierenden: »Macht Spaß und hält jung.«**

**Ulrich Hempe beobachtet mit Sorge, dass das Tempo auf der Arbeit immer schneller wird.**

nen. Das wird immer schwieriger. So bleibe ihnen nichts anderes übrig, als die Preise fürs Essen oder die Semesterbeiträge zu erhöhen. Richtig findet Ulrich Hempe das nicht. Im Gegenteil. »Die Preise müssten viel niedriger sein.« Neben ihm in der Cafeteria nickt Elke Spieß hinter der Theke. Die Köchin wirft Pommes in die Fritteuse, brutzelt Würstchen auf dem Grill, heißes Fett spritzt. Studierende zahlen 3,28 Euro pro Portion. In der Mensa kostet ein Hauptgericht mit Fleisch und Beilagen knapp 5 Euro. Viel Geld, sagt Elke Spieß. »Aber Hallo!«

»Die Corona-Pandemie hat bei den Studierendenwerken voll reingehauen«, sagt Ulrich Hempe – und zeigt im Foyer der Zentralmensa auf die linke Treppe: Ein Band sperrt den Eingang ab, unten stehen hunderte Holzstühle ordentlich in Reih und Glied, alles ist dunkel, die Ausgabe leer. »Wir haben von vier Theken immer noch nur zwei geöffnet.« Die Essenszahlen seien längst nicht auf dem Niveau von vor der Pandemie.

### Nur noch halb so viel Personal

Auch in der Mensa der TH Bingen-Büdesheim – einer Außenstelle des Mainzer Studierendenwerks – sind die Einschnitte spürbar. Vor der Pandemie seien sie im Team zu acht gewesen, berichtet der Koch Heiko Schug. Jetzt sind es nur noch halb so viele. Das wirkt sich auch aufs Angebot aus: Standen vorher jeden Tag zwei Gerichte auf dem Speiseplan, gibt es jetzt nur noch ein Hauptgericht plus Eintopf. Viele Studierende schimpften, sagt der Koch. Die einen wünschen sich mehr Fleisch, die anderen mehr vegane oder vegetarische Gerichte. »Ich würde gerne beides anbieten.« Aber wie soll das mit so wenig Per-

sonal gehen? Heiko Schug zuckt mit den Schultern. Kürzlich wurde eine Stelle ausgeschrieben: Für vier Stunden an vier Tagen, nur während des Semesters, mit niedriger Eingruppierung. Auf die Stelle hat sich niemand beworben.

Weil vom Vortag noch Bohnen übrig sind, bereitet Heiko Schug kurzerhand ein Chili sin Carne zu, danach kocht er Milchreis und Mangopüree. In der Küche streut er im Vorbeigehen etwas Salz auf die Pommes, danach setzt er sich an die Kasse oder gibt Essen aus, damit die Kolleginnen mal kurz Pause machen können. Der Koch bestellt die Waren, nimmt die Lieferung entgegen – und hilft in der Spülküche. Früher haben die Studierenden ihre Tablets auf ein automatisches Band gestellt, eine Maschine sortierte Besteck und Geschirr. Jetzt steht das Förderband still. »Die Reinigung dauert viel zu lange«, erklärt Heiko Schug. »Dafür hat niemand Zeit.« Deshalb sortieren sie per Hand.

Wenn der Koch krank ist, springt oft beherzt Wilma Wirtz ein. Die Kauffrau sitzt eigentlich nebenan im Büro, ist zuständig fürs Wohnheim in Bingen und berät Studierende in finanziellen Schwierigkeiten. Auf ihrem Schreibtisch stapeln sich die Anträge: Auf vielen Seiten erklären die Studierenden feinsäuberlich, warum sie mit ihrem Geld nicht über die Runden kommen und

Unterstützung benötigen. »Tendenz stark steigend.« Dabei wüssten die meisten Studierenden gar nicht mal, dass sie Zuschüsse fürs Mittagessen oder Einmalhilfen pro Semester beantragen könnten.

Viele Studierende klagen Wilma Wirtz ihr Leid. Nur wenige haben das Glück, einen Platz im Wohnheim zu ergattern. Die Warteliste sei lang, berichtet die Bürokauffrau. Und auch dort werden die Mietpreise für ein Zimmer mit Küchenzeile und Bad jetzt um 20 Euro auf 384 Euro erhöht. Aus Geldnot kochten viele ihr Essen selbst, so Wilma Wirtz, oft Nudeln mit Tomatensoße. »Das Essen in der Mensa ist vielen zu teuer.«

Der Koch sagt, dass viele Studierende nur Beilagen bestellten. Am besten verkaufen sich Eintöpfe – und Würstchen mit Pommes für 1,70 Euro. Am Ende des Monats nur noch Pommes. Heiko Schug freut sich immer, wenn er sieht, wie die Studierenden an den Tischen zusammensitzen. »Dieser Austausch ist so wichtig«, findet er. »Da geht es um viel mehr als nur Essen.« Als die Cafeteria schließt, putzt er noch die Küche.



**Immer Süßigkeiten parat: Wilma Wirtz hat ein großes Herz für Studierende.**



privat

MEHR VON UNS

IST BESSER FÜR ALLE

ver.di-Aktive verschaffen sich einen systematischen Überblick über die gewerkschaftliche Stärke im Klinikum.

Früher war der Organisationsgrad von ver.di im Klinikum Aschaffenburg-Alzenau vergleichsweise gut. Doch in den vergangenen Jahren ist er durch verschiedene Faktoren wie Renteneintritte, Kündigungen oder Arbeitsplatzwechsel gesunken. Plötzlich fehlten ein gut funktionierendes Netzwerk und die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft. Für die nötige Neustrukturierung im Betrieb brauchten wir Unterstützung, die wir mit Hilfe von ver.di im Rahmen von Organizing erhalten haben. Zunächst haben wir Übersichten über alle Bereiche erstellt und dann be-

gonnen, die Kolleg\*innen systematisch anzusprechen. Wir haben viele Gespräche geführt, neue Ideen entwickelt und die Leute dafür motiviert, sich für bessere Arbeitsbedingung einzusetzen – mit Erfolg: die Zahl der ver.di-Mitglieder und der Aktiven hat deutlich zugenommen. Diese neu gewonnene Energie nutzen wir in der laufenden Tarifrunde des öffentlichen Dienstes. Zusammen geht einfach mehr.

**Syndia Paul-Beer**, ver.di-Betriebsgruppe am Klinikum Aschaffenburg-Alzenau



privat

## Organisieren für den Tarifvertrag

Seit Jahren legt der Arbeitgeber die Bezahlung der rund 1.700 Beschäftigten in den 14 Pflegeheimen der AWO Rheinland Altenhilfe GmbH über »Allgemeine Vergütungsbedingungen« fest. Pflegehilfskräfte, aber auch zum Beispiel Betreuungskräfte und Wohnbereichsleitungen verdienen monatlich hunderte Euro weniger als im TVöD. Servicebeschäftigte werden mit dem Gebäudereiniger-Mindestlohn abgespeist. Um das zu ändern, sprechen die ver.di-Aktiven ihre Kolleg\*innen systematisch an – unter anderem mit »Organizing-Blitzen« und einer Petition, mit der sich die Mehrheit der Beschäftigten für einen Tarifvertrag ausspricht. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder hat sich dadurch mehr als vervierfacht. Sobald mindestens 30 Prozent organisiert sind, wird ver.di die AWO Rheinland zu Tarifverhandlungen auffordern.

➔ [t1p.de/awo-30verdi](https://t1p.de/awo-30verdi)

## BILDUNGS- UND GESUNDHEITSWESEN

# Protestwelle in Europa

## Streiks und Demonstrationen für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und eine gute Daseinsvorsorge

Überall in Europa streiken und demonstrieren Beschäftigte aus dem Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen. Angesichts der hohen Inflation fordern sie mehr Geld, aber auch Entlastung und mehr Personal sowie eine bessere Finanzierung. So zum Beispiel in Großbritannien, wo die Arbeitskämpfe in den staatlichen NHS-Kliniken und Rettungsdiensten seit Wochen andauern. Dort haben auch die administrativ-technischen Angestellten an Hochschulen mehrfach die Arbeit niedergelegt. In Belgien gingen Ende Januar tausende Beschäftigte aus Krankenhäusern, Kitas, Pflege- und Sozialeinrichtungen gegen Überlastung auf die Straße. In Madrid protestierten gar Hunderttausende für eine bessere öffentliche Gesundheitsversorgung und gegen Privatisierung. In Frankreich streiken Beschäftigte verschiedener Branchen gegen die Heraufsetzung des Rentenalters. Am 7. März demonstrierten landesweit mehr als eine Million Menschen.

### Jahrzehnt der Unterfinanzierung

»Wir sehen eine beispiellose Welle von Streiks und Protesten«, sagt der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsverbands für den öffentlichen Dienst (EGöD), Jan Willem Goudriaan. Über ein Jahrzehnt der Unterfinanzierung habe die Personalnot und Überlastung verschärft. Dies wiederum mache es immer schwieriger, Arbeitskräfte zu gewinnen und zu halten. »Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Das System steht vor dem Zusam-

menbruch«, stellt Goudriaan fest. Die europäischen Regierungen müssten daraus die nötigen Schlussfolgerungen ziehen und für bedarfsgerechte Personalvorgaben, faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen sorgen. »Entscheidend ist eine angemessene staatliche Finanzierung, um Gesundheit und Pflege als öffentliche Güter zu schützen«, betont der Gewerkschafter. »Kommerzialisierung ist hingegen nicht die Antwort. Sie trägt nur dazu bei, die Qualität der Versorgung und der Arbeitsbedingungen weiter zu untergraben.«

### Applaus ist nicht genug

Beim Treffen der EU-Gesundheitsminister am 9. Dezember 2022 in Brüssel konfrontierte der EGöD die Verantwortlichen mit dieser Kritik. Unter dem Motto »Applaus ist nicht genug« zogen fast 1.000 Beschäftigte aus ganz Europa durch die Brüsseler Innenstadt. Im Anschluss trafen sich Gewerkschafter\*innen aus Spanien, Portugal, Frankreich, Österreich, Belgien und Deutschland mit dem luxemburgischen EU-Kommissar Nicolas Schmit, um die Forderungen gegenüber der EU und den nationalen Regierungen zu bekräftigen. »Es war sehr schön zu sehen, dass man in Europa nicht alleine ist«, sagt die Berliner Krankenschwester Sabrina Didschuns, die Teil der deutschen Delegation war. »An dem Tag habe ich gesehen: Wir sind eine große Gruppe verschiedener Menschen, und die haben in ganz Europa das gleiche Problem wie wir.«

Rund 1.000 Gesundheitsbeschäftigte aus ganz Europa demonstrieren beim Treffen der EU-Gesundheitsminister am 9. Dezember in Brüssel.



## GROSSBRITANNIEN

### Streiks in Kliniken und Unis

Mehrfach haben administrativ-technische Beschäftigte britischer Universitäten in den vergangenen Monaten die Arbeit niedergelegt, um für Lohnerhöhungen Druck zu machen. Viele der Angestellten aus Verwaltung, Reinigung, Bibliotheken, Security und Gastronomie sind in den unteren Entgeltgruppen eingruppiert und haben durch die Inflation große Probleme.

So geht es auch den Beschäftigten im Gesundheitswesen und anderer Branchen, die seit Wochen immer wieder streiken. Mitte März (nach Redaktionsschluss) planten Assistenzärzt\*innen eine dreitägige Arbeitsniederlegung. Notfallsanitäter\*innen wollten ihre Aktionen in verschiedenen Regionen des Landes fortsetzen. Die Gewerkschaft PCS rief für den 15. März rund 130.000 Mitglieder in öffentlichen Einrichtungen zum Streik auf. Für die Krankenhauspflge hat die Regierung nach mehrfachen Streiks Lohnerhöhungen zugesagt, über die nun verhandelt wird.



## SPANIEN

### Hunderttausende protestieren

Bis zu eine Million Menschen haben Mitte Februar in Madrid für mehr Investitionen in das staatliche Gesundheitswesen demonstriert. »Gesundheit steht nicht zum Verkauf«, stand auf Transparenten bei der Demonstration, die von Gewerkschaften, linken Parteien und Bürgerinitiativen organisiert wurde. Sie werfen der Regionalregierung vor, kommerzielle Einrichtungen zu bevorzugen, statt mehr Ressourcen für das öffentliche Gesundheitssystem bereitzustellen.



## GRIECHENLAND

### Mehr Geld für Gesundheit

Mit einem 24-stündigen Streik haben sich Beschäftigte der staatlichen Krankenhäuser in Griechenland am 22. Februar für eine bessere Finanzierung des Gesundheitssystems stark gemacht. Ihre Gewerkschaften fordern zudem eine bedarfsgerechte Personalausstattung, höhere Löhne und weniger prekäre Arbeitsverhältnisse. Die schlechten Zustände in Kliniken und Rettungsdiensten sind auch Folge der von der »Troika« aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission in Griechenland ab 2009 durchgesetzten Kürzungen.



## MELDUNGEN

**DAA: Tarifvertrag erreicht**

Die Arbeitsbedingungen bei der Deutschen Angestellten Akademie (DAA) werden künftig formalrechtlich per Tarifvertrag geregelt. Das und eine ordentliche Lohnerhöhung haben die Beschäftigten des Weiterbildungsträgers mit vielfältigen Aktionen durchgesetzt – von Büro-Rundgängen über aktive Mittagspausen bis hin zu einer Fotoaktion, an der sich weit mehr als 1.000 Kolleginnen und Kollegen beteiligten. Laut dem Ende Dezember erzielten Tarifabschluss bekommen Beschäftigte in den unteren Entgeltgruppen (bis Gruppe 7) monatlich 140 Euro mehr, ab Gruppe 8 sind es 4,0 Prozent. Hinzu kommen Einmalzahlungen von insgesamt 1.500 Euro für 2023. Positiv ist die kurze Laufzeit bis Ende 2023. Dadurch können bald weitere Verbesserungen erstritten werden. 78 Prozent der ver.di-Mitglieder haben dem Kompromiss zugestimmt.

➔ [daa.verdi.de](https://daa.verdi.de)

**Sonderrecht nicht haltbar**

Ein Rechtsgutachten des ehemaligen Arbeitsrichters Peter Stein zeigt klare Grenzen des besonderen Arbeitsrechts, das die Kirchen für sich reklamieren. Das kirchliche Sonderrecht sei spätestens seit den jüngsten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs nicht mehr haltbar, analysiert der Jurist in der vom Hugo-Sinzheimer-Institut geförderten Studie. Die Bundesregierung müsse daher u.a. das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz anpassen und das Betriebsverfassungsgesetz auf kirchliche Einrichtungen ausdehnen.

➔ [t1p.de/sonderrecht](https://t1p.de/sonderrecht)

**Protest zum Ministertreffen**

Am 5. und 6. Juli kommen die Gesundheitsminister\*innen des Bundes und der Länder zur Beratung zusammen – dieses Mal in Friedrichshafen am Bodensee. Auch ver.di wird mit vielen Kolleg\*innen vor Ort sein und unsere Forderungen sichtbar machen. Denn trotz Pandemie und neuer Bundesregierung bleiben viele Probleme ungelöst. »Wir wollen die nächsten Schritte zu einer verbesserten, bedarfsgenauen, personalisierten, digitalisierten und sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung machen«, hat der diesjährige Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz (GMK), Manne Lucha, angekündigt. Da sollten wir dabei sein und vor Ort für unsere Anliegen demonstrieren.

➔ [gesundheitspolitik.verdi.de](https://gesundheitspolitik.verdi.de)

## VOLL DANEBEN

**Entlassung zu Weihnachten**

Von wegen christliche Nächstenliebe: Die meisten Leitungen diakonischer Unternehmen verhalten sich wie andere Arbeitgeber auch. Diese These löst bei Kirchenfunktionären regelmäßig Herzrasen und Wutanfälle aus. Doch sie selbst liefern immer wieder Belege dafür. Ein besonders hanebüchener Fall ist die Kreuzbacher Diakonie, die 150 Beschäftigten des zur Schließung vorgesehenen Evangelischen Stadtkrankenhauses in Saarbrücken just zum Heiligen Abend per Einschreiben die Kündigung zustellen ließ. Nicht, dass das wegen der Fristen nötig gewesen wäre. Aber was interessiert die Diakonie-Manager die christliche Ethik? Offenbar gar nicht.

Das wirft die Frage auf: Auf welcher Basis reklamieren die Kirchen auch im 21. Jahrhundert noch Sonderrechte, die ihnen erlauben, ihren Beschäftigten Tarifverträge vorzuenthalten, Mitbestimmungsrechte zu beschneiden, deren Privatleben zu sanktionieren und ihr Streikrecht zu bestreiten? Laut Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP soll dieser Sonderstatus überprüft werden. Ob in Verfasster Kirche, Caritas oder Diakonie – die Kirchenoberen selbst liefern immer neue Argumente dafür, das schnell und konsequent anzugehen. **-dab**

## VOLL GUT

**Hilfskräfte qualifizieren**

In der Pflege fehlen an allen Ecken und Enden Fachkräfte. Ein Weg, die Lücken zu füllen, ist die Qualifikation von Pflegehelfer\*innen. Das Problem: Viele können es sich schlicht nicht leisten, nochmal drei Jahre von einer Ausbildungsvergütung zu leben. Das von der Bundesregierung beschlossene Qualifizierungschancengesetz eröffnet nun Hilfskräften die Möglichkeit, die Ausbildung ohne Lohneinbußen zu machen. Das gilt es zu nutzen!

Das Ausbildungszentrum der Universitätsmedizin Mainz hat sich erfolgreich auf den Weg gemacht, trotz einiger bürokratischer Hürden. Anders als Berufsschulen müssen Kliniken ihre Bildungseinrichtungen zertifizieren lassen. Aufwändig ist vor allem die individuelle Bewerbung. Die Kolleg\*innen müssen etliche Voraussetzungen erfüllen. Positiv und unbedingt nötig war, dass der Gesetzgeber eine Förderdauer von drei Jahren ermöglichte. In anderen Fällen ist diese auf zwei Jahre begrenzt.

Am Mainzer Ausbildungszentrum erfüllen einige der langjährigen Krankenpflegehelfer\*innen alle Voraussetzungen. Sobald die endgültige Genehmigung da ist, können sie im nächsten Examenkurs starten und erhalten ihre bisherige Bezahlung weiter. Die Ausbildungsvergütung wird durch Zuschüsse entsprechend aufgestockt. Der Arbeitgeber hat keine zusätzlichen Kosten, abgesehen vom Verwaltungsaufwand. Der Arbeitsvertrag ruht während der Zeit und wird nicht gekündigt.

Die Pflege ist ein herausfordernder Beruf, für den eine gute Ausbildung nötig ist. Diese können jetzt auch diejenigen absolvieren, die bereits mitten im Leben stehen – auch Kolleg\*innen mit familiären Verpflichtungen. Kliniken, die ihren Hilfskräften so die Qualifikation ermöglichen und auf diese Weise etwas gegen den Fachkräftemangel tun, statt nur zu jammern, landen für sich selbst und die Gesellschaft einen Volltreffer! **-jcs**

## DER GUTE TIPP

**5. Konferenz gewerkschaftliche Erneuerung**

Zum fünften Mal organisiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung die schon traditionelle »Streikkonferenz« – dieses Mal in Bochum, vom 12. bis zum 14. Mai. Bei Plenumsdiskussionen, Vernetzungstreffen und insgesamt 25 Arbeitsgruppen denken hunderte Aktive aus verschiedenen Branchen gemeinsam darüber nach, wie sich die Gewerkschaften stärken können. ➔ [rosalux.de/streikkonfe-](https://rosalux.de/streikkonfe-)

## GUCKEN &amp; LESEN



Silvia Habekost/Dana Lützkendorf/Sabine Plietschek-Jandke/Marie-Luise Sklenar (Hrsg.): **Gebraucht, beklachtet – aber bestimmt nicht weiter so! Geschichte wird gemacht: Die Berliner Krankenhausbewegung.** VSA-Verlag, 2022, 10 Euro, 108 Seiten ISBN 978-3-96488-139-7



youtube

🔗 [t1p.de/ungepflegt-lw](https://t1p.de/ungepflegt-lw)  
🔗 [t1p.de/ard-ungepflegt](https://t1p.de/ard-ungepflegt)



youtube

🔗 [t1p.de/nrw-entlastung](https://t1p.de/nrw-entlastung)

**Berliner Krankenhausbewegung**

Mit ihrem Kampf für Entlastung und TVöD für alle hat die Berliner Krankenhausbewegung 2021 Geschichte geschrieben. Aufgeschrieben haben diese Geschichte nun eine Vielzahl der beteiligten Kolleg\*innen, deren Texte in dem Büchlein »Gebraucht und beklachtet – aber bestimmt nicht weiter so!« zusammengetragen sind. Sie vermitteln ein lebendiges Bild der Bewegung und zeigen zugleich auf, welche Schlussfolgerungen für andere gewerkschaftliche Kämpfe gezogen werden können. Damit wir aus unseren Erfolgen lernen.

**Poetryslam »ungepflegt«**

Nach Auftritten auf Literatur- und Poetryslambühnen und in einigen Talksendungen ging die 26-jährige Pflegefachfrau und mittlerweile Medizinstudentin Leah Weigand mit »ungepflegt« in kürzester Zeit viral. Mit ihrem bekanntesten Slam, rhythmisch mit Paarreimen und unkonventionellen Versen, platziert Weigand ihre Worte millimetergenau und einfühlsam wie Akupunkturnadeln. Bald drei Millionen Zuschauer\*innen sind sich wohl einig: ein Meisterwerk – nicht nur für Pflegekräfte. **-bski**

**Film zu NRW-Streiks für Entlastung**

In »Höchstens vier Wochen« erzählt der Kölner YouTuber Jonas Alter die Geschichte des Streiks für Entlastung an den Unikliniken in Nordrhein-Westfalen. Der knapp einstündige Film begleitet drei Aktivist\*innen im Arbeitskampf. Dieser dauerte nicht, wie ursprünglich erwartet »höchstens vier«, sondern insgesamt elf Wochen. In dem professionell gemachten Film wechseln sich Livemitschnitte von Veranstaltungen und Demonstrationen mit Interviewsequenzen ab, in denen die Inhalte sehr gut erklärt werden.

## UNVERGESSEN



Habt ihr noch Fotos, die eure Arbeitsplätze vor 40, 60 oder 100 Jahren zeigen? Wir freuen uns über jede Einsendung!  
[redaktion.mittendrin@verdi.de](mailto:redaktion.mittendrin@verdi.de)

**1946: Universität Bonn, chemisches Labor zur Herstellung von Präparaten für die Kunststoffindustrie.** Eingereicht wurde das Foto von dem 95-jährigen Chemiker Bruno Langenfeld, seit 80 Jahren Gewerkschaftsmitglied. Als er 1946 sein Praktikum im Rahmen seines Studiums an der Universität Bonn begann, war vom betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz noch kaum die Rede. Schädliche Reagenzien und Dämpfe,

phosphororganische Verbindungen und ähnliches wurden damals beispielsweise durch Spiralschläuche abgesaugt. Diese waren zwar laut, aber nicht sehr wirksam. Gesundheitliche Beeinträchtigungen von Beschäftigten waren häufig die Folge. Seither hat sich im Arbeits- und Gesundheitsschutz einiges getan – auch durch das Handeln von Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen. **Syndia Paul-Bier**

## GEWINNERTEAM



privat

## Hilfe für die Gastronomie

Jörg Pfenning erinnert sich gerne: »Wir hatten einen ruhigen Dienst. Die *mittendrin* lag auf'm Tisch, euer Rätsel kam uns gerade recht.« Pfenning, zweiter von rechts, seine Kollegen Dennis, Julian, Jörg und Lukas sind beschäftigt im kommunalen Rettungsdienst im Landkreis Wesermarsch unweit von Bremen. »Unser Gewinn wird die örtliche Gastronomie unterstützen«, grinst Pfenning. »Nach ein paar Bier regen wir uns zwar bestimmt über die 48-Stunden-Woche auf. Nur Notfall-sanitäter\*innen arbeiten noch soviel – aber Spaß kriegen wir trotzdem!« Glauben wir blind.

Björn Rudakowski

## NEWSLETTER Gesundheit und Soziales

## Immer aktuell informiert

über Entwicklungen und Positionen im Gesundheits- und Sozialwesen, Infos für Beschäftigte, Betriebsräte und Interessierte.

➔ Hier abonnieren: [t1p.de/nl-abo](http://t1p.de/nl-abo)

Die Gewinner\*innen des Preisrätsels in der *mittendrin* Nr. 2:

**1. Teampreis (200 Euro für Gemeinschaftskasse):** Rettungsdienst W., Jörg Pf. und Kolleg\*innen, **2. Preis (ver.di-Uhr):** Jasmin Sch. aus Coswig (Anhalt), **3. bis 6. Preis (TOM-Tasse):** Michael Z. aus Hasbergen, Thomas van K. aus Lippstadt, Petra T. aus Lauterach, Dana M. aus Filderstadt

## GENAU HINSEHEN

## Viele Augen sehen mehr ...

Einsendeschluss: 15. Mai 2023



Auf den ersten Blick sind beide Bilder gleich. Doch wer genau hinschaut, wird im rechten Bild zehn Fehler erkennen.

Unter den Einsender\*innen verlosen wir:

- 1. Teampreis:** 200 Euro für die Gemeinschaftskasse
- 2. Preis:** eine TOM-Tasse
- 3. bis 6. Preis:** je ein Notizbuch (limitierte Auflage)

## Mitmachen und gewinnen

Bei der Fehlersuche können alle ver.di-Mitglieder mitmachen. Den Teampreis können allerdings nur Kolleginnen und Kollegen gewinnen, die zusammen arbeiten und mindestens zu dritt sind. Die Gewinnchancen steigen, wenn wir ein gutes Foto von eurem Team bekommen und eine Telefonnummer, unter der ihr gut erreichbar seid. Das Foto des Gewinnerteams wird in der nächsten Ausgabe veröffentlicht.

## Die Lösung bitte an:

- 1| **ver.di-Bundesverwaltung  
Fachbereich C »Preisrätsel«  
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179  
Berlin**
- 2| oder als E-Mail an:  
**redaktion.mittendrin@verdi.de**
- 3| oder löst das Rätsel gleich online:  
**mittendrin.verdi.de**

## IMPRESSUM

**mittendrin** – die Zeitung für ver.di-Mitglieder im Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft erscheint viermal jährlich. Auflage: 452.000

**Die nächste Ausgabe erscheint im Juli 2023, Herausgeberin:** Sylvia Bühler, ver.di-Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin; **Redaktion:** Alexandra Heiter (verantwortlich), Daniel Behruzi, Daniela Feigl, Bernd Gräf,

Birthe Haak, Wiebke Koerlin, Syndia Paul-Beer, Björn Rudakowski, Ruth Schauder, Julia-C. Stange, Daniel Wenk

**Design/Vorstufe:** werkzwei, Detmold. **Druck:** Schaffrath medien, Geldern.

**Redaktionsschluss mittendrin Nr. 4:** 15. Mai 2023; Tel.: (030) 69 56 18 14, E-Mail: [redaktion.mittendrin@verdi.de](mailto:redaktion.mittendrin@verdi.de)

ver di

mittendrin.verdi.de